

Volk. Dadurch aber sind manche recht ungeschickte Beschlüsse und Gesetze, viele unglückliche Kriege und nachtheilige Friedensverträge zu Wege gebracht worden, zum Nachtheile des Volkes und seines Königs. Denn was dem einen schadet, kann dem andern niemals nützen.

Deshalb hat man die Staatseinrichtung nach einer geschriebenen Verfassung (Constitution) so eingerichtet, daß der König allerdings der König ist und bleibt — wäre er ein schwaches Schattending, der keine eigenen Gedanken und Gefühle, keinen eigenen Willen haben könnte, dann wäre er sehr überflüssig — aber auch so, daß kein Gesetz gegeben, und keine Steuer erhoben wird, ohne daß das Volk ja dazu sagt. Das Volk gibt aber seine Stimme durch Vertreter, Abgeordnete (Repräsentanten). Aus diesem Grunde heißt eine solche gemischte Verfassung eine repräsentative Monarchie im Gegensatz zur absoluten Monarchie, wo der König nur nach dem Rathe oder Willen seiner Minister handelt.

Wer nach allem dem bei uns noch gelehrt scheint und etwas griechisch sprechen will, kann zwar das Wort Demokratie brauchen, daß kann hier aber nur soviel heißen als unsere Verfassung, nach welcher der König nur Gesetze machen und Steuern erheben kann, wenn die Vertreter des Volkes, also aller freien Bürger, damit zufrieden sind.

Wer es so recht in Wahrheit mit unserm Volke gut meint, kann sich ehrlich auf deutsch einen Volksfreund nennen lassen. Nennt er sich lieber ungelehrt griechisch: Demokrat, so ist das abgesehen von der uneigentlichen Anwendung des fremden Wortes, das, wie wir gezeigt haben, leicht zu Mißverständnissen führt, eine Geschmacksache. In der That kann und darf der verfassungsmäßige Volksfreund in der Politik nichts wollen, als daß alle freien selbstständigen Staatsbürger bei der Gesetz- und der Steuergebung durch freigewählte Vertreter mit rathen und mit thaten, er kann nur wollen, daß alle Einrichtungen des Staates und der Gemeinden auf das allgemeine Wohl der Staatsbürger, der hohen und der niedrigen, der armen und der reichen, ausgehen.

Demokratisch wird auf deutsch nichts anders als volksthümlich heißen können. Alles dasjenige wird gelehrt: demokratisch genannt werden können, was nach der Gerechtigkeit, dem Wohle und der Freiheit aller Bürger und des Königs entspricht. Denn wie gesagt: die Staatsbürger und der König stecken zusammen im deutschen Volke; der griechische demos ist Gott sei Dank ausgestorben, sonst müßten wir auch wieder die Sklaverei und die andern Gräuelpfeiler einführen.

Wer sich nun Demokrat nennt, und dennoch eine Gewalt oder eine Ungerechtigkeit gegen die eine Volksklasse zum angeblichen Vortheil der andern Volksklasse will, der ist kein deutscher Volksfreund, der ist ein Irrlehrer, ein selbstsüchtiger Mensch und ein Volksverführer (Demagoge). Wer solch ein Beginnen, demokratisch statt verbrecherisch nennt, ist ein Wortverdreher. **Ehrlich währt aber am längsten!**

Noch Eins: Konstitutionell heißen die, welche es mit der Verfassung halten. Wähler sind die falschen Volksfreunde, welche zum Untergange des Landes durch Roheit und Gewaltthat, oder durch Lügen und Hinterlist Alles über den Haufen werfen möchten. Es gibt solche Wähler sowohl unter den wirklichen oder verkappten Republikanern, als unter den Aristokraten und den Anhängern der vormaligen absoluten (unbeschränkten) Monarchie. Diese Sorte nennt man auch Reaktions, d. h. die, welche die Karre zurück schieben. Heuler endlich sind die Sorte Leute, welche ihre alten, auf den Ruin ihrer Mitbürger ausgehenden Vorrechte, gern wieder haben möchten, den Verlust ihrer Privilegien beweinen, und darüber heulen, daß jetzt für alle Bürger gleiches Recht und gleiche Freiheit sein soll. Heuler findet man in mehr als einem Stande. — Ein kurzes Schlußwort, wenn auch nicht als dürre Knochenbeilage, nächstens. —

Deutschland.

**** Frankfurt, 25. Januar.** Heute hat das Reichsparlament mit einer Mehrheit von 214 gegen 205 Stimmen beschlossen: „Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen.“

Frankfurt, 21. Januar. An die Stelle der allgemeinen Spannung, mit welcher die Rückkehr des Herrn Camphausen erwartet wurde, tritt jetzt volle Befriedigung, seitdem verlautet, daß die von ihm überbrachten Nachrichten wegen Einführung der Grundrechte in Preußen und hinsichtlich der Stellung Preußens zu den Beschlüssen der Reichs-Versammlung in der Oberhauptsfrage den hier vorherrschend gehegten Wünschen entsprechend sind. Man hofft, daß dieser äußerst wichtige Umstand schon einigen Einfluß auf die Abstimmung in der Frage wegen der Erblichkeit des Reichs-

Oberhauptes üben wird, wie man denn überall jetzt mehr als je, und gewiß mit vollem Recht, das aufmerksamste Auge auf jeden der Schritte Preußens richtet. Insbesondere sind es die Wahlen, deren Ausfall mit ängstlicher Sorge erwartet werden. Man fühlt es hier im Herzen Deutschlands fast noch lebhafter, wie groß und entscheidend die Frage ist, welche das preussische Volk für sich selber und zugleich für die gesammte deutsche Nation zu beantworten übernommen hat. In den Händen der Wähler liegt wahrlich nichts geringeres, als die Ehre, Macht und Wohlfahrt des ganzen deutschen Volks; es kann dies nicht oft und laut genug denen gesagt werden, die vor der Mit- und Nachwelt beweisen sollen, ob sie durch Sinn für Ordnung und Gesetz zur Freiheit reif geworden, und ob das preussische Volk in der That seines sittlichen Gehaltes wegen verdient, den übrigen Bruderstämmen im deutschen Reiche voranzugehen. Die deutsche Zeitung äußerte neulich den Wunsch, daß der ehemalige Minister Freiherr v. Arnim gewählt werden möge; es war ein Wort, das hier starken Anklang fand. Wer da weiß, welche Achtung dieser ausgezeichnete Mann in Brüssel und Paris als preussischer Gesandter bei den Belgiern und Franzosen genoß, und wie man dort seine freisinnigen Ansichten und die Biederkeit seines Charakters in gleicher Weise rühmte, und wer sich weiter daran erinnert, was derselbe in den verhängnißvollen Stunden als Minister für Preußen und Deutschland gethan, der möchte schwerlich einem würdigeren Kandidaten seine Stimme ertheilen.

D. R.

Frankfurt, 24. Januar. Die gestrige Abstimmung über die Dauer der Oberhauptswürde hat uns nicht überrascht. Die Centren wußten voraus, daß sich jetzt schon nur eine ganz geringe, wahrscheinlich aber gar keine Majorität für die Erblichkeit finden werde. Die Partei des pariser Hofes, welche sich vom Casino abgesondert, ist hiervon die Ursache. Unter ihr scheint wohl Mancher auch jetzt schon entschlossen, bei der zweiten Lesung seinen alten Freunden wieder beizutreten. Wie dem aber auch sei, der Beifall von der alirten Linken für diese alten Kämpfer des rechten Centrums machte einen ziemlichen Eindruck für die Beflatschten, und eine spezifisch bayerische Rede des Herrn Professor Edel bei der entscheidenden Wendung der großen vaterländischen Frage wird ein Merkmal bleiben in der Geschichte. — In solcher Voraussicht waren die Centren übereingekommen, gegen alle andern Vorschläge zu stimmen, wenn die Erblichkeit in der Minderheit bliebe. Man will etwas Ganzes und hält es für besser, daß jetzt gar kein Beschluß gefaßt, als daß die wichtigste Frage durch ein Auskunftsmittel verdorben werde. Der Streit um die Reihe der Abstimmung entschied bereits die Frage. Die Gegner der Erblichkeit auf der Rechten und die Linke verlangten, daß über Erblichkeit zuerst abgestimmt werde. Dadurch entging der Erblichkeit eine nicht unbedeutende Anzahl von Stimmen derer, welche eventuell für sie gestimmt hätten, wenn Lebenslänglichkeit und Zwölfjährigkeit verworfen gewesen wären. Mit nur der Hälfte dieser eventuellen Stimmen, welche aus solchen und ähnlichen Gründen nicht abgegeben wurden, hätte die Erblichkeit gestern schon die Majorität erhalten. Denn trotz aller Allianzen zwischen den einander fremdartigsten Meinungen des Hauses blieb die Minorität für Erblichkeit die stärkste (211), und ward also, da Alles verworfen wurde, die relative Majorität. Um dies zu verhindern, vereinigte sich von den Gegnern Alles auf die Sechsjährigkeit, Republikaner und partikularistische Monarchisten. Umsonst, die Gesamtzahl aller dieser bunten Farben kam nicht über 196, und die monarchischen Partikularisten hatten das Leidwesen, eine Erklärung der Republikaner anhören zu müssen: daß ein sechsjähriger Kaiser den republikanischen Forderungen eines Präsidenten leidlich entspreche und daß sie deshalb dafür gestimmt. — Wie mag es doch Jemand entgehen, daß ein sechsjähriger Kaiser nichts anders werden könnte, als ein preussischer Kaiser! Nur dann wird er ein deutscher, wenn er sich und seine Hausmacht ganz und gar dem Reiche hingeben kann. Wie kann er denn das für eine Anzahl Jahre?! Für die zweite Lesung steht unter solcher Festigkeit des Centrums die Annahme der Erblichkeit nicht zu bezweifeln, selbst gegen die schwere Wucht der österreichischen Stimmen, welche bei der jetzigen Lage der Dinge Alles verneinen, was dem Reiche eine centrale Festigkeit und Dauer verspricht.

P. C.

Berlin, 20. Januar. Die Mitglieder der auf den 15ten d. M. hieher berufenen Seminarlehrer-Konferenz sind jetzt zusammengetreten, um über Vorschläge zur Reorganisation unsers Lehrerbildungswesens zu berathen. Sie besteht im Ganzen aus 13 Mitgliedern, und zwar in Berücksichtigung des konfessionellen Kopfzahl-Verhältnisses der Landes-Bevölkerung, aus 5 evangelischen und 3 katholischen Seminar-Direktoren, aus 2 evangelischen und 2 katholischen Seminarlehrern und überdies aus dem Direktor eines Seminars für Lehrerinnen. Den Beratungen, welche in Gegenwart von Regierungs-Kommissarien stattfinden sollen, werden ohne Zweifel die Bestimmungen der Verfassung vom 5. December und die Beschlüsse der deutschen National-Versammlung über das Unterrichtswesen zur Grundlage dienen, wobei die kürzlich erschie-